

Prävention

6. Prävention

6.1	Prävention	268
6.2	Vortrags- und Informationsveranstaltungen	269
6.3	Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“	271
6.4	Informationsmaterialien	272
6.5	Symposien	274
6.6	Podiumsdiskussionen	277
6.7	Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI) ...	278
6.7.1	Struktur	278
6.7.2	Arbeitsschwerpunkte	280
6.7.3	Ausbau der KIP NI zum Landesprogramm	281
6.7.4	Arbeitsgruppen	282
6.7.5	Rückkehrkoordination	283
6.7.6	Jahresveranstaltung	283
6.7.7	KIP NI-Website	286
6.8	Aktion Neustart	286
6.9	Kontaktdaten Prävention	289

6.1 Prävention

Für eine effiziente und nachhaltige Sicherheitspolitik müssen Repression und Prävention Hand in Hand gehen. Aus diesem Bewusstsein heraus hat der Niedersächsische Verfassungsschutz 2014 den phänomenübergreifenden Fachbereich Extremismusprävention eingerichtet. Dieser ist seit seiner Entstehung stetig angewachsen und umfasst eine Vielzahl von Angeboten, von der Informationsvermittlung über Extremismusphänomene und Radikalisierung bis hin zum Aussteigerprogramm.

Da sich die extremistischen Szenen ständig wandeln, werden die Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes stetig an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Sie sind zudem zielgruppenorientiert und niedrigschwellig erreichbar. Dies stellt sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Angeboten haben, um sich zu informieren, Ansprechpartner bei konkreten Fragen zu finden und ggf. sogar selbst Hilfe zu erhalten, beispielsweise beim Ausstieg aus der extremistischen Szene.

Extremismusprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die ausschließlich im Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft bewältigt werden kann. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist daher Kooperationspartner innerhalb eines Netzwerkes von unterschiedlichen Präventionsakteuren in Niedersachsen sowie auf Bundesebene. Damit trägt er zu einer gelingenden und ganzheitlich angelegten Extremismusprävention für Niedersachsen bei. Deshalb hat er federführend an der Erarbeitung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte mitgearbeitet und ist gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI) geschäftsführend in der Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI) tätig.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hält folgende Präventionsangebote bereit:

- Bereitstellung von Referentinnen und Referenten für Fachvorträge,
- Veröffentlichung von Informationen des Verfassungsschutzes im Rahmen eigener Veranstaltungen und Publikationen,

- speziell für bestimmte Adressatenkreise konzipierte Informationsreihen (u. a. Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“¹¹⁸, Lehrkräftefortbildungen, Beratung von Funktionsträgerinnen und -trägern in Städten und Kommunen),
- Betreuung von Personen, die sich von extremistischen Ideologien, Szenen und Lebenswirklichkeiten abwenden möchten (Aussteigerprogramm Aktion Neustart¹¹⁹).

6.2 Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Ein wichtiger Baustein der Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind Vortrags- und Informationsveranstaltungen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes können zu allen Aspekten des Extremismus als Referentinnen und Referenten eingeladen werden, z. B. von Kommunen, Vereinen, Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Behörden, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Ebenso werden Projektstage, Seminare und Workshops auf Anfrage fachlich begleitet. Die Themen und Formate können dabei innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Verfassungsschutzes mit den Referentinnen und Referenten flexibel vereinbart werden. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist außerdem auf wichtigen Präventionsveranstaltungen wie dem Jahreskongress des Deutschen Präventionstages regelmäßig vertreten.

In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach fachlicher Begleitung stetig gestiegen. Während im Jahr 2014 noch 62 Fachvorträge zu allen Erscheinungsformen des Extremismus gehalten wurden, waren es 2018 bereits 377. Auch 2019 lässt sich mit insgesamt 392 Vorträgen wieder eine leichte Steigerung feststellen. Dabei wurden über 20.000 Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Erscheinungsformen im Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus sowie andere den Verfassungsschutz betreffende Themen informiert.

¹¹⁸ Siehe Kapitel 6.3.

¹¹⁹ Siehe Kapitel 6.8.

Der Schwerpunkt lag 2019, wie in den Jahren zuvor, auf den Themenbereichen Rechtsextremismus (102 Vorträge mit rund 3.000 Teilnehmenden) und Islamismus, hier insbesondere dem Salafismus (79 Vorträge mit rund 3.200 Teilnehmenden). Über das Thema Linksextremismus haben sich etwa 1.900 Personen in 31 Vorträgen informieren lassen. Die übrigen 180 Vorträge betrafen vor allem die Bereiche Prävention/Deradikalisierung und Aufgaben des Verfassungsschutzes. Insgesamt zeigt sich, dass das Thema Rechtsextremismus als Folge rechtsextremistischer Vorfälle und Anschläge auch bei den Vortragsanfragen wieder an Gewicht gewonnen hat. Nachgefragt wurden zudem vermehrt die Themen Unterscheidung zwischen Rechtspopulismus und Extremismus sowie Extremismus in Sozialen Medien.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz war 2019 wie in den Jahren zuvor Partner bei regionalen und überregionalen Präventionsformaten. Im Mai 2019 war der Niedersächsische Verfassungsschutz mit einem Stand auf dem 24. Jahreskongress des Deutschen Präventionstages in Berlin vertreten. Dabei präsentierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, tauschten sich mit den Besucherinnen und Besuchern aus und beantworteten Fragen. Insbesondere das umfangreiche Angebot an Informationsmaterialien, das Aussteigerprogramm Aktion Neustart, die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ und die ressortübergreifende Kooperation innerhalb der Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI) fanden großen Anklang beim Publikum.



Am 20.09.2019 fand in Hildesheim das von der Robert-Bosch-Gesamtschule ausgerichtete stadtweite Toleranzfestival statt, an dem sich der Niedersächsische Verfassungsschutz mit einem Schüler-Workshop zu Ideologie und Aktionsformen des Rechtsextremismus beteiligte.

In der zweiten Jahreshälfte 2019 war der Niedersächsische Verfassungsschutz mit Vorträgen zum Rechtsextremismus in der Veranstaltungsreihe „Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern“ vertreten, die vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport niedersachsenweit für die Regionen der sechs Polizeidirektionen organisiert wurde. Die Reihe wird 2020 auf breiter Ebene der Polizeiinspektionen fortgeführt.

6.3 Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“

Ein seit Jahren erfolgreiches und anschauliches Format der Präventionsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes bildet die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“. U. a. anhand einschlägiger Musik, Internetpropaganda und Szenebekleidung werden grundlegende Informationen zum Rechtsextremismus, seinen Ausprägungen und dessen Werbemethoden vermittelt. Die Ausstellung gibt unter anderem Einblicke in die rechtsextremistische Jugendszene und eignet sich insbesondere für Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende. Sie wird durch Referentinnen und Referenten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes begleitet, die im Rahmen von 90-minütigen Führungen die Fragen der Teilnehmenden beantworten.



Bereits seit dem Jahr 2005 stellt der Niedersächsische Verfassungsschutz diese Wanderausstellung zur Informationsvermittlung über den Rechtsextremismus zur Verfügung. Im Jahr 2013 wurde sie grundlegend überarbeitet und neu konzipiert. Seit dieser Neukonzeptionierung im Jahr 2013 fanden rund 1.000 Führungen statt, bei denen ungefähr 23.000 Teilnehmende erreicht worden sind. Insgesamt war die Wanderausstellung seit 2005 in 90 Orten Niedersachsens und angrenzenden Bundesländern zu sehen.

Im Jahr 2019 war die Ausstellung in Hann. Münden, Stuhr-Brinkum, Celle, Osnabrück und Soltau zu Gast. In 156 Führungen informierten die Referentinnen und Referenten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes annähernd 3.500 Personen über die aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus.

Die Ausstellung ist für 2020 schon ausgebucht. Für die Folgejahre gibt es bereits zahlreiche Interessenten.

6.4 Informationsmaterialien

Der Niedersächsische Verfassungsschutz erstellt Informationsmaterialien (Faltblätter & Broschüren) zu aktuellen Entwicklungen im Extremismus und veröffentlicht den jährlichen Verfassungsschutzbericht, der einen detaillierten Überblick über die extremistischen Entwicklungen in Niedersachsen gibt. Die Materialien können kostenfrei beim Niedersächsischen Verfassungsschutz bestellt werden und stehen auch auf der Webseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Bislang sind folgende Titel erhältlich:

- „Rechtsextremismus“ (Flyer),
- „Identitäre Bewegung Deutschland (IBD): Ideologie und Aktionsfelder“ (Broschüre),
- „Reichsbürger und Selbstverwalter“ (Flyer),

- „Islamismus“ (Flyer),
- „Salafismus: Erscheinungsformen und aktuelle Entwicklungen“ (Broschüre),

- „Jihadistischer Salafismus“ (Flyer),
- „Frauen im Salafismus: Erscheinungsformen und aktuelle Entwicklungen“ (Broschüre),
- „Jugend und Familie im Salafismus“ (Broschüre),

- „Linksextremismus“ (Flyer),
- „Autonome Gewalt“ (Flyer),
- „Vom Autonomen zum Postautonomen: Autonome in Bewegung“ (Broschüre),

- „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ (Flyer),
- „Spionage – (k)ein Thema?!“ (Flyer).



Neue Broschüre „Jugend und Familie im Salafismus“

In der salafistischen Ideologie hat die Familie eine große Bedeutung. Deshalb ist davon auszugehen, dass es künftig mehr Familien geben wird, in denen Kinder nach salafistischen Werten erzogen werden. Neben den Elternhäusern leisten gerade salafistische Moscheen einen entscheidenden Beitrag zur ideologischen Erziehung entsprechend der salafistischen Lehre. Dort werden Predigten, Vorträge und Propagandaliteratur in Form von Ratgebern für Eltern bereitgestellt, um diese zu einer salafistischen Kindererziehung zu befähigen. Auch für Kinder und Jugendliche bieten salafistische Moscheen zahlreiche Unterrichts- und Freizeitangebote an, um diese möglichst früh in ein salafistisches Umfeld einzubinden. Die neue Broschüre des Niedersächsischen Verfassungsschutzes „Jugend und Familie im Salafismus“ greift diese wichtigen Themen auf und erläutert die Hintergründe einer salafistischen Erziehung, typische Verhaltensweisen und Ausdrucksformen jugendlicher Salafisten sowie entscheidende Szenemerkmale. Eine Übersicht der Ansprechpartner, die in Niedersachsen im Rahmen der Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI) bei Hinweisen auf eine salafistische Radikalisierung Informationen, Beratung und Hilfestellung geben können, ergänzt das Angebot.



6.5 Symposien

Bereits seit 2006 werden vom Niedersächsischen Verfassungsschutz öffentliche Symposien veranstaltet, in deren Rahmen anerkannte Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Blickwinkeln Themen des Extremismus diskutieren.

Am 21.08.2019 fand das 16. Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes statt. Zum Thema „Extremismus und Jugendkultur“ begrüßten der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, und der Niedersächsische Verfassungsschutzpräsident, Bernhard Witthaut, im Alten Rathaus in Hannover 195 Gäste.



Nachdem am Vormittag Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kurze Einblicke in die Jugendkultur in extremistischen Szenen aus Sicht und Erkenntnis des Verfassungsschutzes gegeben hatten, standen am Nachmittag vier Workshops zur Auswahl:

- Jugendliche im Fokus von extremistischer Onlinepropaganda (jugendschutz.net),
- „Die Quelle Deines Stolzes ist der Islam!“ Identität und Religiosität in der politischen Bildung und Präventionsarbeit (ufuq.de),
- Theater als Methode der Extremismusprävention. Chancen und Grenzen (Schauspielkollektiv Lüneburg),
- Mit der App „KonterBUNT“ gegen Stammtischparolen einschreiten (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung).



Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut (1. v.r.) mit der Moderatorin und den Referenten

Um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Veranstaltung direkt mit einzubinden, wurde im Vorfeld des Symposiums in Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde ein Ideen-Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klasse ausgeschrieben. Die Schülerinnen und Schüler waren aufgerufen, ihre Ideen zu Schlagworten

wie „Extremismus“, „Menschenrechte“, „Freiheit“ oder „Gewalt“ kreativ zu bearbeiten. Schülerinnen und Schüler der BBS Lingen, der Oberschule Lachendorf und des Gymnasiums Burgdorf stellten ihre Beiträge im Rahmen des Symposiums vor. Der Gewinnerbeitrag, das selbstgeschriebene Lied „Zusammen friedlich sein“, wurde von der Klasse 10 A des Gymnasiums Burgdorfs bei der Veranstaltung aufgeführt.



Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut (4. v.l.) mit den Abordnungen der Gewinnerklassen

„Zusammen friedlich sein“ – Song gegen Extremismus 2019, Klasse 10A, Gymnasium Burgdorf

*Extremismus hilft nicht, um glücklich zu sein.
Gespielte Akzeptanz, ist das nicht alles nur Schein?
Zusammenhalt mit allen, das kennen sie kaum,
Radikalen Gruppen sollte niemand vertrau'n.*

*Schützt euch und fallt nicht auf die Werbung rein,
Helft einander und fühlt euch niemals allein.
Wir wissen, es ist nicht besonders leicht,
Doch sind wir uns nicht einig, dass es endgültig reicht?*

*Sie sprechen von Zusammenhalt, die Rechtsextremisten,
Doch stehen sie alleine da, wir werden beschissen!
Das ist nicht fair, geht bitte bloß nicht dazu,
Sie akzeptieren nichts und geben niemals Ruh'!*

*Wir sind nicht alleine, wir halten zusamm'n
Jeder ist da wichtig, jede Frau, jeder Mann.
Mit Radikalisierung funktioniert das nicht
Ändert eure Sicht, bevor hier Krieg ausbricht.*

Refrain: Oh, zusammen! Oh, zusammen! (2x)

*Wir halten zusammen, wir haben Spaß
Wir sind stark, wir packen das!
Wir erleben was Neues, wir sind füreinander da
Probleme werden klein, das wird wunderbar!*

*Oh, zusammen! Oh, zusammen! (2x)
Oh, zusammen! Oh, zusammen! (4x, plus Rufe)*

<i>ein Schüler: Schaffen wir das?</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>
<i>ein Schüler: Was unmöglich scheint?</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>
<i>ein Schüler: Nicht allein!</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>
<i>ein Schüler: Mal wieder friedlich sein!</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>
<i>ein Schüler: Keinen Krieg!</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>
<i>ein Schüler: Keinen Streit!</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>
<i>ein Schüler: Was sind wir?</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>
<i>ein Schüler: Macht alle mit!</i>	<i>Chor: Zusammen!</i>

*Oh, zusammen! Oh, zusammen! (4x) a capella mit Publikum
Oh, zusammen! Oh, zusammen! (2x wieder mit Instrumenten), Fermate*

Schlusskadenz: Solo eine Schülerin: Zusammen Alle: fried----lich--- sein!

Als zentrales Ergebnis der Veranstaltung lässt sich festhalten, dass alle extremistischen Szenen sich in ihren Angeboten insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene richten, indem sie Elemente der Jugendkultur bzw. der Kommunikation über Soziale Medien für sich adaptieren und mit ihren jeweiligen Ideologien verknüpfen. Das geschieht etwa mit den Mitteln von Musik oder angesagter Kleidung. Es ist daher die Aufgabe des Verfassungsschutzes, einerseits diese Entwicklungen genau zu beobachten, und andererseits Präventionsangebote zu entwickeln, um diese Zielgruppen zu erreichen. Vorgestellt wurde während der Veranstaltung als Beispiel das Online-Angebot von Aktion Neustart¹²⁰, des Aussteigerprogramms des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, das sich u. a. mit Videos und Memes¹²¹ an mögliche zukünftige Aussteiger aus den extremistischen Szenen richtet und auf vielen gängigen Social-Media-Kanälen vertreten ist.

¹²⁰ Siehe auch Kapitel 6.8.

¹²¹ Memes sind mit einem Text kombinierte aussagekräftige Motive zur Verbreitung im Internet.

6.6 Podiumsdiskussionen

2014 initiierte der Niedersächsische Verfassungsschutz mit „Aktuell und Kontrovers – Verfassungsschutz im Diskurs mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ eine weitere Veranstaltungsreihe. Bei diesem Format stehen nicht die eigenen Positionen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes im Vordergrund; vielmehr bietet es ein Forum, um Akteure der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Politik über aktuelle Themen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Am 06.02.2019 fand im Veranstaltungszentrum „Rotation“ in den ver.di-Höfen in Hannover die siebte Veranstaltung der Reihe mit dem Titel „Raus aus dem Extremismus – Chancen und Herausforderungen“ mit 125 Gästen statt. Dr. Benno Köpfer (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg), Thomas Mücke (Violence Prevention Network e. V.), Christopher Krumm (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen) und ein Aussteiger aus der rechtsextremistischen Szene diskutierten, moderiert durch Dr. Andreas Schwegel (LKA NI), untereinander und mit dem Publikum über Radikalisierung und Wege aus dem Extremismus.

Der Niedersächsische Verfassungsschutzpräsident, Bernhard Witthaut, betonte in seinen Begrüßungsworten die wichtige Bedeutung von Aussteigerprogrammen in der Prävention. Er sprach sich zudem dafür aus, Prävention als wichtigen Teil der Sicherheitspolitik zu begreifen und appellierte an die Gesellschaft, Menschen, die aus einer extremistischen Szene ausgestiegen sind, eine zweite Chance zu geben.

Denn nur auf diese Weise seien Bemühungen um (Re-)Integration erfolgreich und könne einer erneuten Hinwendung zur Szene wirksam vorgebeugt werden. Die Referenten betonten die Wichtigkeit eines vielfältigen Angebots im Bereich der Ausstiegsarbeit. Dennoch sei eine Verstetigung von häufig nur kurzfristig finanziell geförderten Programmen notwendig, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine konstante Perspektive zu bieten und sicherzustellen, dass gut funktionierende Programme dauerhaft weitergeführt werden können.



v.l.n.r. Christopher Krumm, Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut, Thomas Mücke, Dr. Benno Köpfer, Dr. Andreas Schwegel

6.7 Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)

6.7.1 Struktur

Die islamistische und hierbei vor allem die salafistische Radikalisierung junger Menschen stellt Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Wichtig ist, Radikalisierungsprozessen vorzubeugen oder diese aufzuhalten. Das Land Niedersachsen begegnet dieser Herausforderung, indem es auf eine lebendige und vielfältige Präventionslandschaft setzt. Diese Vielfalt sowie die sicherheitspolitische Lage (z. B. Rückkehrende aus den ehemaligen Jihadgebieten in Syrien und im Irak) machen eine strukturierte und abgestimmte Vorgehensweise notwendig. Im Juli 2016 hat die Niedersächsische Landesregierung deshalb die Einrichtung der „Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI) beschlossen.



Die KIP NI hat zur Aufgabe, die vorhandenen Netzwerke der unterschiedlichen Akteure im Bereich der Islamismusprävention zu bündeln, zu institutionalisieren und zu intensivieren. Sie ist damit die zentrale Stelle in Niedersachsen, an der die vielfältigen Ansätze der Islamismusprävention zusammenlaufen, abgestimmt und strukturiert werden.

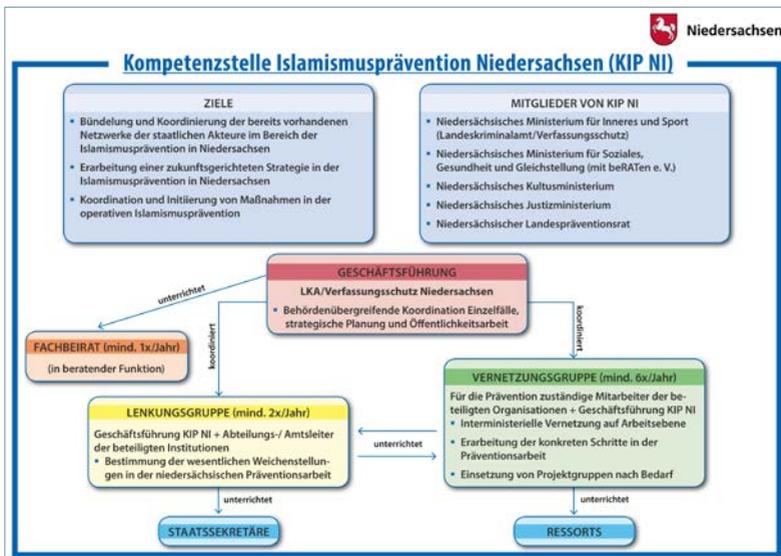
Die Kompetenzstelle ist eine ressortübergreifende Einrichtung, in welcher der Sachverstand

- des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport (MI),
 - des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI),
 - des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) mit der zivilgesellschaftlichen Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung – beRATEN e. V.,
 - des Niedersächsischen Justizministeriums (MJ) mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR NI) sowie
 - des Niedersächsischen Kultusministeriums (MK)
- zusammengeführt wird.

Die Geschäftsführung der Kompetenzstelle wird gemeinsam und gleichberechtigt durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz (Fachbereich Extremismusprävention) und das LKA NI (Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität) wahrgenommen.

Die an der KIP NI beteiligten Ressorts sind auf mehreren Ebenen miteinander vernetzt:

- Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus den jeweils zuständigen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern der an der KIP NI beteiligten Ministerien, setzt die wesentlichen Weichenstellungen für die Islamismusprävention in Niedersachsen.
- Zur interministeriellen Vernetzung auf Arbeitsebene finden regelmäßig Vernetzungstreffen mit den für die Islamismusprävention zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. Hier werden die Details der ressortübergreifenden Islamismusprävention gemeinschaftlich erarbeitet, neue Trends im Themenfeld Islamismus diskutiert, Präventionsansätze entwickelt und bei Bedarf Projektgruppen eingerichtet.
- Die Arbeit der KIP NI wird durch einen Fachbeirat, bestehend aus Mitgliedern aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, beratend begleitet.



6.7.2 Arbeitsschwerpunkte

- **Strategische Koordinierung**

In den verschiedenen Gremien der KIP NI werden nachhaltige Strategien für die Islamismus-/Salafismusprävention in Niedersachsen entwickelt. Der Niedersächsische Verfassungsschutz koordiniert diesen Entwicklungsprozess.
- **Einzelfallbezogene Koordinierung**

Zur Koordinierung und Bearbeitung von Einzelfällen beruft das LKA NI Fallkonferenzen mit den jeweils erforderlichen Akteuren ein. Im Ergebnis entstehen für den jeweiligen Einzelfall maßgeschneiderte Präventionskonzepte.
- **Aufbau von kommunalen Präventionsnetzwerken**

Der Niedersächsische Verfassungsschutz, das LKA NI, das Niedersächsische Justizministerium und beRATen e. V. kümmern sich gemeinsam um den Aufbau von lokalen Netzwerken der Islamismus-/Salafismusprävention, um sicherzustellen, dass Informationen für die Akteure problemlos zugänglich sind, Meldewege etabliert werden und die Fallbearbeitung vor Ort effizient erfolgen kann.
- **Sensibilisierung**

Alle an der KIP NI beteiligten Akteure bieten Maßnahmen zur Sensibilisierung der mit dem Phänomen Islamismus/Salafismus konfrontierten Einrichtungen und der Öffentlichkeit an. Detaillierte Informationen zu den Sensibilisierungs- und Informationsangeboten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind den Kapiteln „6.2 Vortrags- und Informationsveranstaltungen“ sowie „6.4 Informationsmaterialien“ zu entnehmen.
- **Intervention und Deradikalisierung**

Das Aussteigerprogramm des Niedersächsischen Verfassungsschutzes Aktion Neustart¹²² hilft Ausstiegswilligen dabei, sich von der Szene zu distanzieren und neue Bindungen aufzubauen.

¹²² Siehe Kapitel 6.8.

Die zivilgesellschaftliche Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung beRATen e. V. bietet Beratung bei Radikalisierungsverdachtsfällen und steht Angehörigen bzw. dem Umfeld von Radikalisierten als Ansprechpartner zur Verfügung.

6.7.3 Ausbau der KIP NI zum Landesprogramm

Im Herbst 2018 hat die Niedersächsische Landesregierung entschieden, die KIP NI zum Landesprogramm für Islamismusprävention auszubauen.

Bis September 2019 haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller an der Kompetenzstelle beteiligten Ressorts unter Moderation der KIP NI-Geschäftsführung eine Zielstruktur für das Landesprogramm für Islamismusprävention erarbeitet. Dabei galt es, die bisherigen Organisationsstrukturen sowie die Arbeitsfelder der an der KIP NI beteiligten Ressorts in die Zielstruktur des neuen Landesprogramms zu überführen. Folgende inhaltliche Schwerpunkte wurden in diesem Prozess gesetzt:

- Fortentwicklung und Umsetzung von Präventionsstrategien,
- Intensivierung und Ausbau der Netzwerkarbeit,
- Stärkung von Präventionsangeboten vor Ort,
- Gewährleistung der Informationsvermittlung,
- Bereitstellung von Interventions- und Deradikalisierungsangeboten sowie
- Qualitätssicherung.

Um Extremismusprävention in Niedersachsen insgesamt zu stärken, fand die Ausarbeitung der Zielstruktur für das Landesprogramm für Islamismusprävention in enger inhaltlicher Abstimmung mit dem im Justizministerium angesiedelten Landesprogramm gegen Rechts-extremismus – für Demokratie und Menschenrechte statt. Dieses wurde inhaltlich ebenfalls überarbeitet.

Voraussichtlich im Frühjahr 2020 wird der Ausbau der KIP NI zum Landesprogramm vollzogen sein.

6.7.4 Arbeitsgruppen

Innerhalb der KIP NI wurde 2019 in zwei interministeriellen Arbeitsgruppen (AG) zu Themenfeldern mit besonderer Bedeutung gearbeitet.

- AG „Kommunale Strukturen der Islamismusprävention“:
In dieser Arbeitsgruppe (AG KoStI) geht es um die zielgerichtete Stärkung der Islamismusprävention auf kommunaler Ebene. Für eine ganzheitliche Islamismusprävention im Flächenland Niedersachsen ist es notwendig, dass Präventionsstrukturen auf Landesebene durch Strukturen auf kommunaler Ebene ergänzt werden. Deswegen ist ein zentrales Anliegen der KIP NI die Bildung von kommunalen Netzwerken für Islamismus- bzw. Extremismusprävention. Ziel der AG KoStI ist es daher, ressortübergreifend Standards der Islamismusprävention auf kommunaler Ebene zu erarbeiten. Hierfür stimmen sich das LKA NI, der Niedersächsische Verfassungsschutz, der Landespräventionsrat Niedersachsen und beRATen e. V. in regelmäßigen Sitzungen über die Bedarfe vor Ort und Standards für kommunale Netzwerke der Extremismusprävention ab. Außerdem initiieren und begleiten sie die Netzwerkbildung vor Ort und unterstützen z. B. durch Moderation, administrative Tätigkeiten, Vernetzung mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Angeboten sowie Vermittlung/Durchführung von Fachvorträgen zum Themenfeld Islamismus. Die AG KoStI steht dem jeweiligen kommunalen Netzwerk auch langfristig beratend zur Seite. In mehreren Kommunen wurden mittlerweile Netzwerkstrukturen erarbeitet und Meldewege institutionalisiert. Als Mitglied der AG KoStI begleitet der Niedersächsische Verfassungsschutz Prozesse bzw. Netzwerke in Hildesheim, Osnabrück, Salzgitter und Wolfsburg.
- AG „Umgang mit Rückkehrenden aus Syrien und dem Irak“
Die Anfang 2018 unter Federführung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes eingerichtete, ressortübergreifende AG „Umgang mit Rückkehrenden aus Syrien und dem Irak“ konnte 2019 ihre Arbeit abschließen. Das Ziel der AG bestand einerseits darin, bereits gut funktionierende Instrumente und Maßnahmen der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung, die den

Bereich der Rückkehrerinnen und Rückkehrer betreffen, zusammenzustellen. Zum anderen sollten sich aus der Praxis ergebende Herausforderungen benannt werden. Die von der AG formulierten Handlungsempfehlungen dienen als Grundlage für weitere fachspezifische Bearbeitungen des Themas innerhalb der an der KIP NI beteiligten Ressorts.

6.7.5 Rückkehrkoordination

Im September 2019 wurde im Rahmen der KIP NI im Niedersächsischen Verfassungsschutz und im LKA NI die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderte Projektstelle der Rückkehrkoordination eingerichtet, um der besonderen Bedeutung des Themenfeldes der IS-Rückkehrer Rechnung zu tragen. Ihre Aufgabe besteht darin, die konkreten Maßnahmen, die in ressortübergreifenden Fallkonferenzen zu Rückkehrersachverhalten beschlossen wurden zu koordinieren. Darüber hinaus bereitet sie für das Themenfeld IS-Rückkehrer relevante Informationen auf, um z. B. in Präventionsnetzwerken beratend tätig zu werden. Die enge Vernetzung mit dem BAMF und der regelmäßige Austausch mit den in anderen Bundesländern eingestellten Rückkehrkoordinatoren ist hierfür ein strategisch wertvoller Baustein.

6.7.6 Jahresveranstaltung

Am 13.11.2019 fand im Alten Rathaus in Hannover die dritte Jahresveranstaltung der Kompetenzstelle Islamismusprävention (KIP NI) mit dem Titel „Vernetzt für eine ganzheitliche Islamismusprävention“ statt. Der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Stephan Manke, der Präsident des Landeskriminalamtes Niedersachsen, Friedo de Vries, und der Niedersächsische Verfassungsschutzpräsident, Bernhard Witthaut, begrüßten die 158 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie betonten die Notwendigkeit einer engen interdisziplinären Zusammenarbeit in der Extremismusprävention. Hartmut Pfeiffer, Leiter Kriminologische Forschung und Statistik im Landeskriminalamt Niedersachsen, arbeitete in seinem Hauptvor-



Hartmut Pfeiffer, LKA NI

trag die Grundbedingungen für eine gelingende vernetzte Extremismusprävention heraus.

Dr. Andreas Schwegel und Lisa Gellert (Geschäftsführung KIP NI) gaben im Anschluss einen Überblick über die Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte der KIP NI 2019.

Im zweiten Teil der Veranstaltung hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, das Thema „Vernetzung“ in mehreren Impulsen zu vertiefen:

- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:
„Beraten und Netzwerken in der Präventionsarbeit“
Jens Jeitner (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) sowie eine Vertreterin und ein Vertreter von (beRATen e. V.) stellten die Frage, was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von einem Landesakteur in Bezug auf Islamismusprävention erwarten. Im Ergebnis wurde insbesondere der Wunsch nach einem verlässlichen Ansprechpartner, nach speziellen Angeboten für Lehrkräfte und phänomenübergreifenden Informationen deutlich.
- Niedersächsisches Kultusministerium:
„Netzwerkarbeit im Kontext Schule“
Doerthe Niebaum und Achim Aschenbach von der Niedersächsischen Landesschulbehörde verdeutlichten anhand eines Praxisbeispiels den Umgang mit Radikalisierungsfällen in der Schule. Dabei erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Netzwerkstruktur von Akteuren und Unterstützern. Wolfsburg wurde als gutes Beispiel eines funktionierenden Netzwerkes herausgehoben.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport:
„Kinder von Rückkehrenden aus Syrien und dem Irak. Eine Herausforderung für spezialisierte Netzwerke“
Der Impuls zu Rückkehrenden, geleitet von Özge Eker (KIP NI) sowie zwei Vertreterinnen des LKA NI, behandelte insbesondere das Thema Kindeswohlgefährdung, wobei deutlich wurde, dass noch viele Einzelaspekte einer Klärung bedürfen.

- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport:
„Netzwerke für Extremismusprävention – wer, wo, was und warum?“
In diesem, von Lisa Gellert (Niedersächsischer Verfassungsschutz) und Heike Ehlers (LKA NI) moderierten Impuls wurden die im Titel angesprochenen Fragen näher betrachtet. Dabei wurden die Niedrigschwelligkeit und unkomplizierte Erreichbarkeit lokaler Präventionsangebote besonders betont. In lokalen Netzwerken sollten zudem alle Ebenen der Prävention und alle relevanten Akteure vertreten sein. Bestenfalls ist ein zentraler Ansprechpartner etabliert, z. B. in Form einer zentralen Koordinierungsstelle, damit Anfragende ohne Hürden oder Hemmschwellen Hilfe und Informationen erhalten.

- Niedersächsisches Justizministerium:
„Welche Bedeutung hat die Zivilgesellschaft bei der Netzwerkarbeit?“
Im Impuls zur Bedeutung von Zivilgesellschaft in der Netzwerkarbeit, den eine Vertreterin und ein Vertreter des Landespräventionsrates Niedersachsen moderierten, wurden zunächst zivilgesellschaftliche Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vorgestellt. Anhand einer Modellstadt, in der sich eine islamistische Szene etabliert hat, wurde dann mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgespielt, welche Rollen verschiedene Akteure in der fiktiven Situation spielen und welche Aufgaben lokale zivilgesellschaftliche Institutionen erfüllen können.

Einen kreativen Einblick in das Thema Islamfeindlichkeit und Ausgrenzung gab die Poetry-Slammerin Betül Demir von i,slam.

Im seinem Schlusswort warb Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut für die Fortführung des Austausches und für eine noch weiter intensivierte Zusammenarbeit innerhalb der Prävention von Islamismus und Salafismus.

6.7.7 KIP NI-Website

Die Website der KIP NI steht Nutzern, die sich für das Phänomen des Islamismus/Salafismus und für die Islamismusprävention in Niedersachsen interessieren, zur Verfügung. Dort erhalten Sie Informationen zum Phänomenbereich, zur Arbeit von KIP NI, zu Veranstaltungen und zu Hilfsangeboten. Zudem können über die Website Informationsmaterialien abgerufen und kostenlos bestellt werden.

Weitere Informationen zur Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen erhalten Sie wie folgt:

Kontakt:

Internet: www.KIPNI.niedersachsen.de

E-Mail: info@KIPNI.niedersachsen.de

6.8 Aktion Neustart

Das Aussteigerprogramm Aktion Neustart unterstützt ausstiegswillige Extremisten, die sich von ihrer jeweiligen extremistischen Szene und Ideologie distanzieren wollen. Aktion Neustart steht als Ansprechpartner für Ausstiegswillige zur Verfügung, spricht aber auch proaktiv Extremisten an, die noch keinen Ausstiegswillen entwickelt haben. Auf diese Weise sollen bei ihnen Ausstiegsimpulse gesetzt werden. Wichtiger Teil der Aussteigersarbeit ist zudem die Beratung des sozialen Umfeldes von Extremisten, bspw. der Eltern, Lehrer, Arbeitgeber und Freunde. Das Aussteigerprogramm unterstützt alle Ausstiegswilligen, vom jungen Szeneinsteiger über Mitläufer und Aktivisten bis hin zu langjährigen Führungskadern der extremistischen Szenen. Die Unterstützung durch Aktion Neustart ist stets kostenlos, freiwillig und streng vertraulich.



Das Angebot des Aussteigerprogramms umfasst:

- vertrauliche Beratung am Telefon,
- vorurteilsfreie Gespräche über Probleme, Ängste und Wünsche,
- persönliche Beratung und Begleitung im Aussteigerprozess,

- Erstellung eines individuellen Ausstiegsplans,
- Unterstützung bei der Arbeits-, Ausbildungs- oder Wohnungssuche und im Umgang mit Behörden,
- Hilfe in Bedrohungssituationen,
- Unterstützung bei der Bearbeitung von Alkohol-, Drogen- und finanziellen Problemen,
- Hilfe bei der Entfernung von extremistischen Tätowierungen und
- Unterstützung bei Gesprächen mit Eltern, Lehrern und Arbeitgebern.

Aktion Neustart wurde 2011 als Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten aufgebaut und im Jahr 2016 das Angebot auf den Bereich des Islamismus erweitert. Seit Ende 2019 bietet das Aussteigerprogramm des Niedersächsischen Verfassungsschutzes nunmehr Unterstützung für den Ausstieg aus allen extremistischen Szenen an und steht somit auch für die Bereiche Linksextremismus, Extremismus mit Auslandsbezug sowie Scientology-Organisation zur Verfügung.



Das Team von Aktion Neustart ist interdisziplinär und geschlechterparitätisch zusammengesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über langjährige Erfahrung im Umgang mit extremistischen Ideologien und arbeiten auf Grundlage pädagogischer Fachkenntnisse und Methoden. Die umfangreichen Verfassungsschutzkenntnisse über extremistische Ideologien und Szenen ermöglichen es Aktion Neustart, mögliche Bedrohlagen für einen Aussteiger frühzeitig zu erkennen und fundierte Gefahrenprognosen zu erstellen. Im Ausstiegsprozess sollen die persönlichen Einstiegsmotive und die extremistischen Einstellungsmuster erkannt, besprochen und aufgelöst werden. Ziel der Ausstiegsarbeit ist die Hinwendung des Aussteigers zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den Grund- und Menschenrechten.

Das Zusammenspiel sicherheitsbehördlicher und pädagogischer Fähigkeiten kombiniert mit langjähriger Erfahrung in der Ausstiegsarbeit ermöglicht es, im Ausstiegsprozess nicht nur eine nachhaltige Loslösung von extremistischer Ideologie und Szene zu erreichen, sondern gleichzeitig auch Schutz und Sicherheit für den Aussteiger zu gewährleisten. Darüber hinaus sind auch die Reintegration des

Aussteigers in die Gesellschaft sowie der Aufbau einer neuen sozialen und beruflichen Existenz elementar für die Ausstiegsarbeit von Aktion Neustart.

In der Ausstiegsarbeit bestätigt sich regelmäßig, dass extremistische Szenen gerade für junge Menschen vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Fragen bereit zu halten scheinen. Der Wunsch nach Anerkennung und eine Erlebnisorientierung sind fundamentale Motive für die Hinwendung zur extremistischen Szene. Allerdings können durch die Zugehörigkeit zu einer extremistischen Szene

Orientierungslosigkeit, Identitätsprobleme, Frustrationen und Ängste nur für eine begrenzte Zeit kompensiert werden. Extremisten, die erkannt haben, dass ihnen die extremistische Szene nicht das Erhoffte gibt, erhalten von Aktion Neustart Unterstützung. Gemeinsam mit dem Aussteiger entwickelt Aktion Neustart eine sinnvolle Perspektive für ein Leben frei von Extremismus.



Seit Jahren spielen das Internet, insbesondere soziale Netzwerke, eine herausragende Rolle beim Einstieg junger Menschen in extremistische Ideologien und Szenen. Soziale Netzwerke bieten Menschen die Möglichkeit, erste Kontakte zu Extremisten herzustellen, extremistisches Gedankengut unreflektiert zu übernehmen und sich so zu radikalisieren. Neben dem Austausch extremistischer Meinungen können problemlos extremistische Schriften, Filme und Musik konsumiert werden. Um dem entgegenzutreten, nutzt auch Aktion Neustart soziale Netzwerke für seine Ausstiegsarbeit. Hier können Extremisten gezielt proaktiv angesprochen und Ausstiegspulse gesetzt werden. Mittels Memes und alternativer Narrative dringt Aktion Neustart in die extremistischen Filterblasen der Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke ein, bietet nicht-extremistische Perspektiven an und macht auf sein Unterstützungsangebot für den Ausstieg aufmerksam.

Neben dem Austausch extremistischer Meinungen können problemlos extremistische Schriften, Filme und Musik konsumiert werden. Um dem entgegenzutreten, nutzt auch Aktion Neustart soziale Netzwerke für seine Ausstiegsarbeit. Hier können Extremisten gezielt proaktiv angesprochen und Ausstiegspulse gesetzt werden. Mittels Memes und alternativer Narrative dringt Aktion Neustart in die extremistischen Filterblasen der Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke ein, bietet nicht-extremistische Perspektiven an und macht auf sein Unterstützungsangebot für den Ausstieg aufmerksam.

Außer Memes entwickelt Aktion Neustart seit 2019 auch Video-Clips, die für einen Ausstieg aus dem Extremismus werben. Der erste Videoclip mit dem Titel „Denk selbst!“ richtet sich an junge Menschen, die im Internet Gefahr laufen, sich islamistisch zu radikalisieren. Der zweiminütige Clip skizziert den Radikalisierungsprozess, der durch Islamisten bzw. durch ihre extremistischen Botschaften im Internet bei jungen Menschen in Gang gebracht werden kann. Weitere Video-Clips, die auch andere Extremismusbereiche in den Fokus nehmen werden, sind in Planung.



Um potenzielle Aussteigerinnen und Aussteiger möglichst niedrigschwellig erreichen zu können, bietet Aktion Neustart die Möglichkeit der anonymen Online-Beratung an. Sie richtet sich an alle, die sich über Extremismus und den Ausstieg aus dem Extremismus beraten lassen wollen.

Kontakt:

Mobil: 0172/4444300

E-Mail: aktion.neustart@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Auf sozialen Medien: Facebook, YouTube, Instagram

Online-Beratung für alle Extremismusbereiche:

www.aktion-neustart.de



6.9 Kontaktdaten Prävention

Für Wünsche zu Vortrags- und Informationsveranstaltungen steht der Bereich der Prävention beim Verfassungsschutz unter folgenden Kontaktdaten zur Verfügung:

Telefon: 0511/6709-215

E-Mail: praevention@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Informationen zur Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechts-extremismus“, wie aktuelle Ausstellungsorte, Termine für Führungen, Voraussetzungen für die Präsentation etc., erhalten Sie ebenfalls unter der o. a. Telefonnummer oder E-Mail-Adresse. Siehe hierzu auch Kapitel 1.15.